

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 12

Artikel: Warum einer die "Rote Revue" abbestellt hat : ist die Partei an allem schuld?
Autor: Iseli, Alfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340657>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schlossen, ihren eigenen Plan zur Integration ohne jede Verzögerung fortzuführen;
 – die Zusammenarbeit muss sich auf der Grundlage eines Gleichgewichts zwischen Vorteilen und Verantwortung auf beiden Seiten abspielen.
 2. Die Parteiführer sind sich dessen bewusst, dass ein EG-Staat und mehrere EFTA-Staaten eine Neutralitätspolitik verfolgen. Dies kann das Ausmass ihrer Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen begrenzen. Allerdings stellen die politischen Ziele der Schlussakte von Helsinki sowie die sozialdemokratische Verpflichtung, den Frieden in Europa zu stabilisieren und zu stärken, keine Einschränkungen für eine Zusammenarbeit dar.
 Die Parteiführer bestätigen, dass eine volle Teilnahme am Beschlussfassungsprozess der

EG-Institutionen die Vollmitgliedschaft zur Voraussetzung hat. Dies kann Einschränkungen für den Umfang der Zusammenarbeit EG/EFTA bedeuten. Dies bedeutet ferner, dass sowohl EG- als auch EFTA-Länder gegenseitige Notwendigkeiten und Verhältnisse anerkennen.
 Nach Artikel 237 des EWG-Vertrages hat jedes europäische Land das Recht, sich um Mitgliedschaft in der EG zu bewerben. Die Parteiführer stellen fest, dass die Frage der Neutralität in verschiedenen EFTA-Staaten bei der Frage ihres EG-Beitritts eine beherrschende Rolle spielt.
 Die Definition von Neutralität und ihren Folgen für eine Mitgliedschaft in der EG ist sehr unterschiedlich. Unter diesen Umständen sind die Parteiführer der Auffassung, dass jedes

Land selbst entscheiden muss, ob seine Definition von Neutralität im Gegensatz zu einer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft steht, die sich auch weiterhin wirtschaftlich und politisch entwickelt hin auf das Ziel einer Europäischen Union, wie es in der Einheitlichen Europäischen Akte niedergelegt wurde².

Mit Blick auf die wachsende Integration der Wirtschaft von EG und EFTA wird es für die Mitgliedsländer der Gemeinschaft und für die EFTA-Länder notwendig, die wirtschaftliche Zusammenarbeit ganz allgemein zu verstärken und ihre Wachstums- und Beschäftigungspolitiken zu koordinieren.

² Vorbehalte gegen diesen Hinweis auf die «Europäische Union» sind von der britischen Labour Party zum Ausdruck gebracht worden.

Warum einer die «Rote Revue» abbestellt hat

Ist die Partei an allem schuld?

Der Abonnent der «Roten Revue», Alfred Iseli, hat die Zeitschrift abbestellt. Er hat seiner Kündigung einen Begleittext beigelegt. Wenn wir hier seine Begründung abdrucken, so deshalb, weil sie typisch ist für viele Bürgerinnen und Bürger, welche die Verantwortung für bürgerliche Zustände und ihre Frustration darüber gerne der Sozialdemokratischen Partei in die Schuhe schieben. Deren Programm sieht ja in der Tat anders aus als das, was politisch in der Eidgenossenschaft läuft. Dass die SPS praktisch nirgendwo in der Schweiz über eine halbwegs komfortable Mehrheit verfügt, interessiert den Kritiker nicht. Er kühlt seinen Unmut an den politischen Zuständen durch die Abbestellung der Zeitschrift der Partei, von der er das Heil für seine Probleme erhofft hat, ein Heil, das sie gar nicht erbringen kann. Manches an den Vorwürfen von Leser Alfred Iseli ist richtig, wo er völlig falsch liegt, ist einerseits die Schuldzuweisung für die Zustände und andererseits die Behauptung, die Partei decke die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht auf. Geht Leser Iseli einmal die vergangenen Jahrgänge der «Roten Revue» durch, könnte er unschwer feststellen, dass dies in praktisch jeder Nummer auf irgendeine Weise geschah. tm

Geschätzte Genossin
 Ich weiss, dass alles relativ ist. Ich möchte daher in diesem Schreiben nicht noch darauf hinweisen müssen. Wer versucht

mehr zu lernen und zu begreifen, weiss wie wenig er weiss!
 Nun versuche ich zu erläutern, warum die SPS und mit ihr auch die «Rote Revue» aus meiner

Sicht ihren Auftrag nicht mehr in dem wünschbaren Ausmass wahrnehmen können:
 Der Sozialismus wurde beiseite gelegt, und nun arrangiert man

sich mit der sozialen und freien Marktwirtschaft. Fragt man sich aber, ob diese Marktwirtschaft überhaupt funktioniert und ob sie frei und sozial ist?

Ich frage:

Haben wir in der Landwirtschaft eine Marktwirtschaft? Funktioniert oder kann die Marktwirtschaft beim Boden, in der Chemie, bei der Zementindustrie, im Wohnungswesen bei diesem Leerwohnungsbestand oder im Pressewesen funktionieren? Dies sind nur einige wenige Beispiele, und es wäre ein leichtes, andere Marktsegmente aufzuführen. Nun, ist aber diese Marktwirtschaft sozial? Woher leitet man das Sozial im Kontext der Marktwirtschaft ab? Nach meiner Meinung durch die Eingriffe des Staates. Er muss diese Marktwirtschaft zu einem sozialen Verhalten zwingen (Ausnahmen gibt es überall). Die weltweite Wettbewerbswirtschaft, die zu dieser Marktwirtschaft gehört, zwingt aber die Regierungen wie die Unternehmungen eher zu einem asozialen Verhalten. Die Konkurrenz der Billiglohnländer stoppt doch unsere Lohnbegehren gewissermassen (Auslagerungen).

Aber wie frei ist diese Marktwirtschaft? Sie ist in erster Linie so frei, dass sie den Arbeitnehmer auf die Seite stellen und Repressionen gegen ihn anwenden darf und kann! (Selbst die Staatsbahn BLS bzw. deren Direktor konnte und durfte Repression gegen meine politische und gewerkschaftliche Tätigkeit anwenden.)

Dass die «Freiheit» in Zusammenhang mit der Marktwirtschaft sehr gross ist, sollten wir wissen. Die «Freiheit» wird viel stärker gelebt als die soziale Verantwortung. Natürlich ist diese Freiheit nur auf die Unternehmer begrenzt. Diejenigen, die eigentlich zum Markt gehören sollten, dürfen diese Freiheit spüren bis zum Hungertod. Wieviele Millionen ver-

hungern in dieser freien und sozialen Marktwirtschaft? Trotzdem reden und schreiben Sozialdemokraten von der sozialen freien Marktwirtschaft. Zuerst sollte das Brot kommen, die soziale Verantwortung. Was nützt dem verhungierenden Menschen die Freiheit der Unternehmungen (Kapitalisten)? Oh je, jetzt habe ich Dich erschreckt!

Ich frage weiter:

Was geht mit dem Geld, das in der zweiten Säule angehäuft wird? Kann man Geld überhaupt unbeschadet konservieren? Kann Geld arbeiten, wie es vielfach ausgesagt wird? Wie wird die Kaufkraft der Milliarden erhalten? Lassen wir uns betrügen? Warum nehmen wir nicht die Lupe und decken diesen Betrug auf?

Umweltschutz, Ressourcen und Leistungslohn

Es kann niemand die Leistungen von einem Direktor und einem Handwerker messen. Trotzdem bejubeln Sozialdemokraten diesen Leistungslohn. Sie bemühen sich nicht einmal um die Frage der Gerechtigkeit. Aber nehmen wir an, dieser Leistungslohn sei gerecht und sei mit der Leistung ausgewiesen. Aber warum darf ein Direktor mehr Ressourcen (Naturgüter) beanspruchen und damit den grösseren Abfallberg und die grössere Umweltbelastung verursachen als ein Handwerker oder eine Verkäuferin? Gehört unsere Natur nicht allen Menschen zu gleichen Teilen? Sie dürfen also ihren Leistungslohn behalten, aber sie dürfen nicht mehr Natur beanspruchen, als im Durchschnitt beansprucht oder von der Natur uns zur Verfügung gestellt wird.

Akkumulation (Anhäufung, Vermehrung)

Kann man mit einer Sackgebühr die Akkumulation verhindern? Nein, die Presse berichtet täglich über die Akkumulationen. So auch wenn z. B. Wohnungen

einer Totalsanierung zwecks Mietpreissteigerungen unterzogen werden. Wo ist da die Sackgebühr für den Schmutz? Was geschieht mit den Reallohnerhöhungen, die schon erfolgt sind und noch folgen werden? Ich bejahe sie nur zum Teil. Werden diese nicht umgesetzt in Konsum? Zum Teil in einen nötigen Konsum, aber zum überwiegenden Teil trotz Sackgebühr in einen die Umwelt belastenden und die Natur ausbeutenden Konsum. Wenn schon Repression, dann müssen doch die Menschen mit Konsum beglückt werden. Es ist zwar erwiesen, dass die Sparquote mit den Gehältern steigt. Aber trotz dieser Anhäufung müssen die «Oberen» doch weiterhin ihren Leistungslohn erhalten. Die Anhäufung muss gesichert bleiben. Sie ist zwar die beste Voraussetzung für die nächste Krise. Aber vielleicht könnten wir die Sparquote in den «Ghüdersack» mit Sackgebühr verpacken. Das wäre aktiver Umweltschutz und Schutz der Natur vor dem Raubbau!

Asylantinnen und Asylanten und Gastarbeiterinnen und -arbeiter
Selbstverständlich sollen wir diese Menschen aufnehmen und anständig mit ihnen umgehen, ihnen die Lebensmittel zur Verfügung stellen. Aber ich frage mich, ob wir damit unsere Pflicht getan haben? Würden diese Menschen nicht lieber in ihrer Heimat bleiben, dort leben und arbeiten? Müssten wir nicht versuchen, die Ursachen zu bekämpfen? Mit Recht verurteilen wir Rumänien wegen der vorgesehenen Zerstörung der Dörfer. Warum verurteilen wir aber nicht die Regierung in der Türkei? Wäre es nicht besser, wir würden mithelfen, dass diese Menschen auch in ihrer Heimat Arbeit und Verdienst haben? Wir müssten vermehrt lernen, global zu denken.

Aufrüstung und Frieden

Vor mir liegt die neuste Num-

mer der «Blätter für deutsche und internationale Politik». Gemäss einer Ausschreibung findet in Bonn eine internationale Konferenz über «Tendenzen Europas» am 19./20. November 1988 statt. Es heisst über den Zweck: «Die Konferenz ist ein Beitrag der Friedensliste zur Diskussion um die künftige politische Gestaltung Europas.» Was tun wir? Wir befassen uns mit Tramhäuschen und mit einer Bahn von vielleicht 40 Kilometer Betriebslänge und finden darin unsere föderalistische

Freiheit und Demokratie! Für diese Politik tragen unsere Exekutivmitglieder eine grosse «Verantwortung». Leider finden sich noch immer und wahrscheinlich ewig Sozialdemokraten, die in der Rüstung die willkommene Arbeitsbeschaffung erblicken. Ist das Politik? Mehr ein Schandpfahl und ein Unwissen über die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge!

Nun zum Schluss dieses Blitz-exkurses.

Es ist gerade dieses Unwissen über die volkswirtschaftlichen

Zusammenhänge, die es unserer Partei schwierig macht, sich richtig zu verhalten. Aber was ist das denn wieder? Es muss unbedingt versucht werden, Zusammenhänge aufzudecken und entsprechend zu handeln. Das bedingt vermehrte Bildung, und dazu müsste jedes Druckerzeugnis beitragen. Hier mangelt es sehr. Darum kaufe ich lieber Bücher.

Mit bestem Dank und
freundlichen Grüssen
Alfred Iseli

Zentralbibliothek 1.260-2
Zähringerplatz

8001 Zürich
.....